

Amt/Geschäftszeichen  
**Federführendes Amt** :BauamtDatum  
17.06.2022

Drucksache-Nr.:01-69-2022

**Beratungsfolge**

| Gremium/Ausschuss                     | Termin     | Genehmigung    | Stimmverhältnis | J  | N | E |
|---------------------------------------|------------|----------------|-----------------|----|---|---|
| Ortsbeirat Kremmen                    | 27.06.2022 |                |                 |    |   |   |
| Bau-/Wirtschafts- und Umweltausschuss | 28.06.2022 |                |                 |    |   |   |
| Stadtverordnetenversammlung           | 30.06.2022 | laut Vorschlag | einstimmig      | 18 | 0 | 0 |

Betreff:

**Beratung und Beschluss: Ankündigung einer geplanten Teileinziehung für Seeweg, Storchenweg, Birkenweg;  
Verbot für Kraftfahrzeuge aller Art mit dem Zusatz "Anlieger frei"**

Beschluss zur Vorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt auf der Grundlage des § 8 Abs. 3 Brandenburgisches Straßengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.07.2009 (GVBl.I/09, Nr 15, Seite 358) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18.12.2018 (GVBl.I/18, Nr. 37, S. 3) die Ankündigung einer Teileinziehung für

Seeweg  
Storchenweg  
Birkenweg

Es ist beabsichtigt die Widmung mit der Maßgabe einzuschränken, dass zur Minderung der Lärm- und Schadstoffimmissionen und somit zur Verbesserung der Lebensqualität diese Straßen künftig für Kraftfahrzeuge mit dem Zusatz Anlieger frei gesperrt werden.

Die Ankündigung ist drei Monate öffentlich auszulegen.

Die Ankündigung mit dem Lageplan ist Bestandteil des Beschlusses.

**Beratungsergebnis:**

|                                                            |          |
|------------------------------------------------------------|----------|
| Gremium: Stadtverordnetenversammlung Sitzung am:30.06.2022 | TOP : 9. |
|------------------------------------------------------------|----------|

|                  |                   |        |         |             |
|------------------|-------------------|--------|---------|-------------|
| Anz. Mitgl. : 19 | dav. anwesend: 18 | Ja: 18 | Nein: 0 | Enthalt.: 0 |
|------------------|-------------------|--------|---------|-------------|

|                                                          |                                                |
|----------------------------------------------------------|------------------------------------------------|
| Laut Besch.vorlage : <input checked="" type="checkbox"/> | Abweichender Beschl.: <input type="checkbox"/> |
|----------------------------------------------------------|------------------------------------------------|

eingebracht durch :Bürgermeister

.....  
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

## **Problembeschreibung/Begründung**

Nach den gesetzlichen Vorschriften des Straßenrechts ist der Gebrauch einer öffentlichen Straße jedermann im Rahmen der Widmung und den verkehrsrechtlichen Vorschriften gestattet (Gemeingebrauch). Eine Beschränkung des öffentlichen Verkehrs ist neben den straßenrechtlichen Vorschriften (Einziehung/Teileinziehung innerhalb der Widmungsverfügung einer Verkehrsfläche) nur nach den Vorschriften der StVO möglich.

Da entsprechend der Vorschriften der StVO keine zwingenden Gründe für das Aufstellen der Beschilderung (z. B. erhöhte Gefahrenlage) vorhanden sind, ist vor der Anordnung der Verkehrszeichen 260 (Verbot für Kraftfahrzeuge) in Verbindung mit dem Zusatzzeichen 1020-30 (Anlieger frei) eine Teileinziehung erforderlich.

Mit dem Verkehrszeichen „Verbot für Kraftfahrzeuge“ (VZ 260) und dem Zusatzzeichen „Anlieger frei“ (ZZ 1020-30) kann der Durchgangsverkehr verboten werden. Das Zeichen 260 besagt, dass Krafträder, auch mit Beiwagen, Kleinkrafträder und Mofas sowie für Kraftwagen und sonstige mehrspurige Kraftfahrzeuge verboten sind. Das Verbot gilt für den fließenden Verkehr und für den ruhenden Verkehr. Krafträder dürfen geschoben werden. Die Kombination mit dem Zusatzzeichen „Anlieger frei“ bedeutet, dass Lieferanten und Besucher zu den in diesem Bereich liegenden Bewohnern weiterhin Zufahrt haben und auch Parken dürfen.

Eine Teileinziehung wird notwendig, wenn eine Straße nachträglich auf bestimmte Benutzungsarten, Benutzungszwecke oder Benutzerkreise beschränkt wird. Der Status einer öffentlichen Straße bleibt dennoch erhalten. Der Seeweg, der Storchenweg und der Birkenweg werden somit nur für den Anliegerverkehr freigegeben. Da der Wiesenweg als Privatweg gilt und nicht als öffentlich gewidmet gilt, bleibt dieser hier unberücksichtigt.

Die Ankündigung wird öffentlich bekannt gemacht und hat drei Monate auszuliegen. In diesem Zeitraum können etwaige Bedenken oder Gegenvorstellungen zu der beabsichtigten Teileinziehung geltend gemacht werden.

Die geplante Teileinziehung wird somit frühestens ab zum Ende des Jahres 2022 wirksam.

gez. Rücker  
SB Bauamt

## **Finanzielle Auswirkung**

Gesamtkosten der Maßnahmen: 600,00 €

Jährliche Folgekosten: 0 €

Produktsachkonto : 54101.5221000

.....

.....